



**Rede des
Bundesjugendsekretärs
des Deutschen Gewerkschaftsbundes**

Florian Haggenmiller

**anlässlich der
des Kampagnenauftakts
Jugend macht Ansagen
am 16. März 2013 in Berlin**

Thema: Tag der Ansage

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe junge Kolleginnen und Kollegen,

es ist schön, dass ihr alle so zahlreich nach Berlin gekommen seid. Und es ist ein tolles Gefühl zu wissen, dass sich heute junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auch in Frankfurt, in Dortmund, in Nürnberg, in Hannover und in Leipzig versammeln, um gemeinsam ein lautes und starkes Zeichen für eine bessere und gerechtere Gesellschaft zu setzen.

Wenn es da draußen noch jemand gibt,

der behauptet, dass die Jugend von heute sich nicht für Politik interessiert, wenn es da draußen noch jemanden gibt, der behauptet, die Jugend von heute engagiert sich nicht mehr, wenn es da draußen noch jemanden gibt, der behauptet, die Welt, wie wir sie kennen, kann nicht verändert werden – den werden wir heute eines Besseren belehren:

Den heutigen Tag machen wir zum Tag der Ansage.

Es ist ein Skandal,

dass fehlende Betreuung, ausbildungsfremde Tätigkeiten und Überstunden für viele Azubis zum Alltag gehören. Wir lassen uns unsere Zukunft und unsere Gesundheit nicht durch schlechte Ausbildungsbedingungen und verkürzte Ausbildungsgänge kaputt machen. Es kann doch nicht angehen, dass Azubis in vielen Betrieben deutlich über 40 Stunden die Woche arbeiten, dass Azubis sechs Tage die Woche schuften müssen – und das auch noch für eine miese Ausbildungsvergütung. Wir wollen keine Schmalspurausbildung. Wir wollen während der Ausbildung anständig betreut und nicht ausgebeutet werden.

Es ist Zeit für klare Ansagen, damit sich die Ausbildungsqualität verbessert!

Wir fordern deshalb ein besseres Jugendarbeitsschutzgesetz, dass auch eingehalten wird!

Wir fordern gut geschulte AusbilderInnen!

Wir fordern eine bessere Ausstattung für Berufsschulen!

Es ist ein Skandal,

dass nur jeder zweite Azubi von seinem Ausbildungsbetrieb übernommen wird und nur jeder dritte Beschäftigte unter 35 einen unbefristeten Arbeitsvertrag mit einem anständigen Lohn hat.

Und bevor wir mal einen richtigen Job bekommen, werden von uns unzählige – meistens sogar unbezahlte – Praktika verlangt. Und für viele von uns heißt es dann Leiharbeit und Niedriglohn. Jeder zweite Jugendliche unter 24 Jahre muss sich mit einem Hungerlohn zufrieden geben.

Es ist Zeit für klare Ansagen, damit wir alle gute und sichere Beschäftigung finden.

Wir fordern deshalb die unbefristete Übernahme von Azubis nach der Ausbildung!

Wir fordern gesetzliche Regelungen, die den Missbrauch von Praktika verhindern!

Wir fordern die Regulierung der Leiharbeit und einen gesetzlichen Mindestlohn von 8 Euro 50!

**Kolleginnen und Kollegen,
es ist ein Skandal,**

dass in unserem Land noch immer die Herkunft über die Bildungschancen entscheidet. Aus welchen Familien kommen denn die Studierenden von heute? Nur 17 Prozent der Kinder aus Arbeiterfamilien studieren und immer weniger erhalten BAföG. Da waren wir schon mal deutlich weiter: Anfang der 70er Jahre kamen noch fast die Hälfte aller Studierenden in den Genuss staatlicher Zuwendungen während des Studiums. Und das Rezept der Politik von heute: Ein Schmalspurstudium, das sich Bachelor nennt, und ein Leistungsdruck, dem kaum noch jemand gewachsen ist.

Es ist Zeit für klare Ansagen, damit wir alle eine gute Bildung erhalten

Wir fordern deshalb, eine elternunabhängige öffentliche Förderung für SchülerInnen und Studierende, eine Förderung, die zum Lernen und Leben reicht!

Wir fordern die Abschaffung sämtlicher Studien- und Bildungsgebühren!

Wir fordern, dass Bildung ausreichend finanziert wird!

Es ist ein Skandal,

dass Jugendliche in vielen europäischen Ländern die Krise der Banken ausbaden müssen. Während die Banken wieder üppige Gewinne einfahren und Aktien neue Rekorde erzielen, trifft eine desaströse Sparpolitik neben RentnerInnen besonders junge Menschen.

In Spanien und Griechenland sind sogar weit über 50 Prozent ohne einen Job und ohne Perspektive. Und in vielen anderen europäischen Ländern sieht es nicht viel anders aus. 5 ½ Millionen junge Menschen in Europa sind arbeitslos, fast jeder vierte Jugendliche unter 25 Jahren hat in Europa keine Arbeit.

Es ist Zeit für klare Ansagen, damit Europa endlich sozialer wird

Wir fordern deshalb die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch ein EU-Programm!

Wir fordern eine europäische Regelung für die Mitbestimmung von Azubis und jugendlichen Beschäftigten in internationalen Unternehmen!

Wir fordern eine Harmonisierung der Steuer- und Finanzsysteme und die Einführung der Kapitalertragssteuer!

Auch wenn für viele von uns das Thema noch weit entfernt ist, ist es ein Skandal,

dass Menschen in einem so reichen Land Angst vor dem Alter haben müssen. In den letzten Jahren wurde die gesetzliche Rente immer stärker gekürzt und statt dessen die private, kapitalgedeckte Vorsorge gefördert. Doch gerade die Finanzkrise hat deutlich gezeigt: Die Privatisierung der Alterssicherung ist der falsche Weg. Was bei Wohlhabenden noch funktionieren mag, ist für die wachsende Gruppe der Niedriglöhner der sichere Weg in die Altersarmut. Und dann wird auch noch von denen, die gesundheitsbedingt kaum bis zum offiziellen Rentenalter durchhalten können, verlangt, dass sie bis 67 arbeiten sollen, um ihre volle Rente zu bekommen. Die Erhöhung des Rentenalters ist nicht weiter als eine radikale Rentenkürzung durch die Hintertür.

Es ist Zeit für klare Ansagen, damit die Rente solidarisch bleibt

Wir fordern deshalb die Rücknahme der Spätverrentung mit 67

Wir fordern die konsequente Bekämpfung der Altersarmut!
Wir fordern eine solidarische Alterssicherung!

Es ist einfach unerträglich, ja es ist zum Kotzen,

dass rassistische Gewalt in Deutschland immer noch zum Alltag gehört, dass Menschen von Nazis verfolgt, verprügelt und sogar umgebracht werden. Mehr als 180 Menschen mussten seit 1990 in Deutschland den Nazi-Hass mit ihrem Leben bezahlen.

Nazis führen ihre politischen Gegner in Hasslisten auf und bedrohen Andersdenkende. Sie zünden linke Jugendzentren an, sie bedrängen und verletzen Menschen – und sie morden.

Aber Nazis sind nicht nur in Parteien, sie sind mit ihrem Gedankengut längst wieder in der Mitte der Gesellschaft: in der Schule, am Arbeitsplatz oder im Sportverein.

Es ist Zeit für klare Ansagen, denn wir wollen eine offene und solidarische Gesellschaft

Wir fordern ein Verbot aller faschistischen Parteien und Organisationen!

Wir fordern eine umfassende Aufklärung der NSU-Morde!

Wir fordern alle Menschen auf sich Nazis aktiv in den Weg zu stellen und nicht schweigend zuzuschauen, wenn sie marschieren, hetzen und Menschen angreifen!

Mit dem heutigen Tag der Ansage fordern wir nichts geringeres als einen umfassenden Politikwechsel.

Nicht nur am 22. September, wenn der Bundestag gewählt wird sondern darüber hinaus. Unsere heutigen Aktionen in den verschiedenen Städten werden ein deutliches, lautes und kraftvolles Zeichen setzen.

Aber es ist nur der Anfang. Vor Ort – in den Betrieben, in den Schulen, in den Universitäten – werden wir für unsere Positionen werben und streiten. Wir werden mit unseren Aktionen UnterstützerInnen gewinnen und unsere Ideen verbreitern.

Unsere sechs Ansagen werden wir gemeinsam in einer Resolution bündeln. Wir werden jede einzelne Kandidatin, jeden einzelnen Kandidaten für den Bundestag auffordern, unsere Resolution zu unterzeichnen.

Und wir werden dafür kämpfen, dass unsere Positionen eine Mehrheit im nächsten Bundestag bekommen.

Wir werden die PolitikerInnen beim Wort nehmen und ihnen die kommenden vier Jahre auf die Finger schauen. Und als Gewerkschaftsjugend versprechen wir Euch heute, dass wir jede Kandidatin und jeden Kandidaten der unsere Resolution unterzeichnet hat und später im Bundestag gegen unsere Interessen stimmt, öffentlich der Wahlkampflüge bezichtigen werden.

Denn wir geben uns nicht mehr mit leeren Wahlkampfversprechen zufrieden.

Jetzt sind wir dran.